Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 6

Artikel: Über die fundamentale Zielrichtung des demokratischen Sozialismus : ein Aufruf zur Einheit

Autor: Stich, Otto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340489

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Aufruf zur Einheit

Rede von Bundesrat Otto Stich am 1. Mai in St. Gallen

Bundesrat Otto Stich sprach am 1. Mai dieses Jahres vor den Sozialdemokraten und Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in St. Gallen. In seiner Rede befasste er sich grundsätzlich mit der Bündnispolitik innerhalb der Arbeiterbewegung und rief zur Einheit zwischen der Partei und den Gewerkschaften auf, ohne indessen mögliche Bündnisse mit anderen Parteien auszuschliessen. Allerdings soll die Identität der Sozialdemokraten dabei gewahrt bleiben. (Titel und Zwischentitel stammen von der Redaktion.)

Im Mittelpunkt der diesjährigen Maifeiern steht das Thema Arbeitszeitverkürzung. Die Landesregierung hat hier für das Bundespersonal selber ein Zeichen gesetzt, indem sie die Wochenarbeitszeit um zwei Stunden auf 42 Stunden verkürzte. Wichtige Branchen wie die Metall- und Uhren-, aber auch die grafische Industrie haben in ihren Gesamtarbeitsverträgen die 40-Stunden-Woche bereits eingeführt oder aber für die nahe Zukunft vorgesehen.

Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigten in der Schweiz zeigt, dass sich die Einstellung der Menschen zur Verteilung von Arbeits- und Freizeit in der individuellen Lebensgestaltung an vielen Orten ändert. Die Menschen sehen ein sinnerfülltes Leben nicht mehr ausschliesslich in einem von morgens früh bis abends voll mit Arbeit ausgefüllten Tag. Sie wollen einen zunehmenden Teil der Zeit für eigene, selbstbestimmte Beschäftigungen verwenden.

Der Wandel in der Einstellung zur Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit drängt sich aber auch von der Wirtschaft und den veränderten Produktionsbedingungen in Werkstatt und Büro her auf. Die modernen Fertigungsmethoden ermöglichen es, hohe Quantitäten von Gütern zu erzeugen, aber auch von Dienstleistungsabläufen zu verrichten. Und dies mit wesentlich weniger Aufwand an menschlicher Arbeit. Mir ist durchaus bekannt, dass gegenwärtig an vielen Orten Überzeit, Nacht- und Schichtarbeit geleistet wird. Wir befinden uns ja auch in einer Übergangsphase. Dabei weht ein scharfer Wind der internationalen Konkurrenz, des Streites um Marktanteile, der Schweizer Wirtschaft ins Gesicht. Wir müssen aufpassen, dass unsere Konkurrenzfähigkeit am internationalen Wettbewerb erhalten bleibt – sicher; aber wir müssen auch achtgeben, dass sinnvolle und oft hart erkämpfte Schutzbestimmungen für die arbeitende Bevölkerung dabei nicht auf der Strecke bleiben. Bei vernünftiger Verteilung der Arbeit auf die Arbeitswilligen und -fähigen – davon bin ich überzeugt – lassen sich die beiden Erfordernisse – internationale Konkurrenzfähigkeit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen – miteinander in Einklang bringen. Dafür kämpfen die Gewerkschaften an diesem 1. Mai. Es ist ein sinnvoller Kampf, der die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung verdient.

Die Tradition des Arbeitsfriedens

Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist einerseits in den Betrieben verankert und findet ihren Ausdruck in der Vertragspolitik schweizerischer Prägung. In verschiedenen Branchen wird der 50. Jahrestag des Arbeitsfriedens gefeiert. Er wurde geschlossen am Vorabend des Weltenbrandes, als unser Land ringsum von faschistischen und diktatorischen Mächten bedroht war. Heute haben manche, oft auch jüngere Menschen, Mühe mit diesem Frieden zwischen den Sozialpartnern. Sie vermissen die angebliche Dynamik und Attraktivität harter Auseinandersetzungen auf den Strassen und in den Arbeiterquartieren, wie sie aus dem Ausland medienwirksam berichtet werden. Diese Leute übersehen den offensichtlichen Zusammenhang zwischen unserer Ausprägung der Sozialpartnerschaft und unseren direktdemokratischen Institutionen. Der Arbeitsfriede steht in der Tradition unserer Demokratie, in der es keine Mehrheit gibt, die gross genug ist, anderen ihre Meinung aufzuzwingen. Daraus ergibt sich der Zwang zum Kompromiss, die Pflicht zur breiten Abstützung von eigenen Vorstellungen. Dass bei diesem Vorgang sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich alle Beteiligten meist Haare lassen müssen, gehört zu dieser Art der politischen Auseinandersetzung. Sie hat den Nachteil des langwierigen Prozesses, sie hat aber auch den unbestreitbaren Vorteil, dass so zu-

stande gekommene Ergebnisse von Verhandlungen auch langfristig tragfähig bleiben. Wohlstand, wirtschaftliche und politische Stabilität sowie eine vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit, sind denn auch die positiven Ergebnisse dieser Vertragspolitik, um die uns das Ausland beneidet. Die Jubiläumsfeiern in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie und in der westschweizerischen Uhrenindustrie werden Gelegenheit geben, sich wieder mit dem Sinn von Arbeitsfrieden und Vertragspolitik in den Sozialpartnerbeziehungen vertraut zu machen. Der Arbeitsfriede, so sehr er heute zum helvetischen Alltag gehört, ist nichts Selbstverständliches. Vergessen wir nicht, dass er bei jeder Vertragserneuerung wieder erkämpft werden muss.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist andererseits aber auch im gesetzgeberischen, staatlichen und behördlichen Bereich verankert. Hier, im politischen Raum, müssen so wichtige Fragen gelöst werden, wie die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt, von Ökonomie und Ökologie, herbeigeführt werden kann. Wer Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung ohne Beachtung der Ökologie bearbeitet, verfehlt die Zukunft; wer Fragen des Umweltschutzes ohne Beachtung der wirtschaftlichen Fakten bearbeitet, wird scheitern. Diese Schlüsselfrage ist aber auch eine soziale Frage. Der Wechsel von quantitativem zu qualitativem Wachstum darf unter gar keinen Umständen zu einer neuen Armut führen. *Umweltfreundliches Wirtschaften muss soziales Wirtschaften bleiben.*

Grüne allein sind keine Alternative

Was ist die fundamentale Zielrichtung des demokratischen Sozialismus? Die Befreiung des Schwächeren vor Angst, materieller Not und Abhängigkeit vom Stärkeren. So betrachtet sind jene, die sich bei ihrem politischen Einsatz für die Umwelt von Bekenntnis zur Demokratie leiten lassen, mit ihren Zielen den unsrigen gar nicht so entfernt. Aber die Grünen sind allein auch keine Alternative zur traditionellen Wählerschaft der Sozialdemokratie, den Arbeiterinnen und Arbeitern in den Fabriken und Werkstätten. Hinzu kommen die vielen kleinen Angestellten in den Büros und Dienstleistungsabteilungen der Industrie. Sie bleiben auch für die Zukunft eine ganz wichtige tragende Säule der Sozialdemokratie, auf die wir nicht verzichten können und auf die wir auch nicht verzichten wollen. Vergessen wir nicht, dass auch heute noch 480 000 Personen in den Werkstätten von Industrie und Gewerbe als Facharbeiter und Handwerker beschäftigt sind. Hinzu kommen – wie gesagt – auch noch all die vielen Beschäftigten im Bürobereich, die auch keineswegs auf Rosen gebettet sind und denen unsere sozialdemokratische Zielsetzung ebenfalls zugeschrieben ist. An dieses grosse Abstimmungs- und Wählerpotential sollten wir stets denken. Wer das historische Bündnis zwischen demokratischem Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung auseinanderdividieren will, nützt und hilft dem politischen Gegner.

Dieser politische Gegner kann das gleiche wie wir nicht wollen, weil er andere Interessen zu vertreten hat. Die gemeinsame Kunst von Sozialdemokratie und Gewerkschaften wird es bleiben, diesen politischen Gegner von Fall zu Fall zu überzeugen, dass unsere politischen Vorstellungen und Wege zur Lösung der Probleme besser sind, die die Probleme des ganzen Landes sind und die Lösungen deshalb auch für das ganze Land erfordern. Diese Überzeugungsarbeit ist notwendig, damit Mehrheiten entstehen, die wir für die Durchsetzung in Parlament und Regierungen brauchen. Dass uns dabei viele Grüne helfen können, diese Mehrheiten zu finden, darf uns nicht den Blick darauf verstellen, dass unter den Ökologen manche sind, die einen falschen fremdenfeindlichen Nationalismus auf ihre Fahnen geschrieben haben. Andere sind zwar grün, aber sie halten nichts von unseren sozialpolitischen Forderungen. Für uns – und darin sollten wir uns auch in Zukunft von andern Parteien unterscheiden – muss die Lösung eines Sachproblems wichtiger bleiben als die Personen, die diese Politik vertreten. Wir sollten uns hüten, die persönliche Karriere höher zu veranschlagen als die Probleme, die einer Lösung harren. Das ist gute sozialdemokratische Tradition, eine, die wir nicht aufgeben sollten.

Das traditionelle Bündnis pflegen

Es darf nicht dazu kommen, dass das Gespräch innerhalb unserer Arbeiterbewegung, zwischen Gewerkschaften und Partei, mehr Zeit in Anspruch nimmt als die qualifizierte, kompetente Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern. Es darf nicht sein, dass wir zwischen den Bäumen kleiner politischer Gruppierungen, die entstehen und wieder vergehen, den Wald nicht mehr sehen, das das grosse gemeinsame Ziel der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung ist und bleiben soll. Was uns unterscheidet von diesen Gruppierungen, ist der feste Wille, unsere Ziele und Vorstellungen überall dort, wo Einfluss ausgeübt wird, selber vertreten zu wollen und zu können. Auch das wissen wir aus

Erfahrung: die Freiheit und Menschenwürde kann nur durch die arbeitende Bevölkerung selber errungen und erhalten werden. Dies nimmt uns niemand ab, und das sollten wir uns auch von niemandem abnehmen lassen.

Es gibt Leute, die reden das Ende der arbeitenden Bevölkerung herbei. Wir wissen, dass wir mit dem Kampf für mehr Freizeit ein altes Postulat der Arbeiterbewegung verfolgen, nämlich mehr Lebensqualität zu schaffen. Es gibt Leute, denen ist das historische Bündnis zwischen demokratischem Sozialismus und freien Gewerkschaften aus den Augen geraten. Dagegen müssen wir angehen. Wir müssen dieses Bündnis pflegen, dabei innerhalb der Bewegung offen und kritisch miteinander umgehen, aber die gemeinsamen Ziele und Wege nicht aus dem Blick verlieren. Es gibt Leute, die glauben, politischer Einfluss in Regierungen sei in der schweizerischen Konkordanzdemokratie bedeutungslos.

Wir wissen aus Erfahrung, dass die sozialen Errungenschaften mit dem Einzug von Sozialdemokraten in die Regierungen möglich wurden. Aber auch die besten Schul- und Steuergesetze, die grossen Fortschritte im Umweltschutz, in der Arbeitssicherheit und im Arbeitsschutz sind dort erzielt worden, wo unsere Vertreter in den Regierungen waren und heute noch sind. Unser politischer Gegner weiss das und unterschätzt unsere Stärke an Ideen und Taten nicht. Aber er wird es nicht als seine Aufgabe betrachten, Warnschilder vor die Gruben zu stellen, die wir selber gegraben haben. In diesem Sinne rufe ich auf zu Einigkeit, zu politischer Gemeinsamkeit, zu stärkerem politischem Elan, zu Phantasie und Gedankenreichtum. Das alles brauchen wir, wenn wir an einer sozialen, menschenwürdigen und umweltfreundlichen Schweiz von morgen aktiv und einflussreich mitgestalten wollen.

PUNE-Konferenz in Genf: Hauptthema war die Non-Proliferation

Dritte Welt: Ausweg aus dem Atomdilemma?

Von Toni Bernet und Peter Haber

Der Atomindustrie in der industrialisierten Welt geht es nicht gerade rosig: Harrisburg und nun auch Tschernobyl waren Marksteine für das Umdenken in der westlichen Welt. Die Aufträge lassen nicht nur in den USA nach, die Skepsis wächst mit jedem Unfall. Dass aber nach neuen Märkten gesucht wird, zeigen Bestrebungen der UNO, die eine grossangelegte Konferenz in Genf abhielt. Am 10. April ging nach drei Wochen Dauer diese Konferenz zur Förderung der «friedlichen» Nutzung der Atomtechnologien (PUNE) zu Ende. Die Delegierten von 106 Staaten – darunter der Schweiz – diskutierten nebst den Möglichkeiten der technischen Zusammenarbeit auch das heissumstrittene Thema der Proliferation. Unter Proliferation wird die Weiterverbreitung von Atomwaffen-Know-how verstanden.

Die Konferenz zeigte zwar keine sichtbaren Ergebnisse: Im Schlussdokument stellten die Teilnehmer lapidar fest, dass man sich auf nichts einigen konnte. «Trotz ihrer Bemühungen konnte die Konferenz die Meinungsverschiedenheiten nicht überwinden.» (Schlussdokument) was die Mittel und Prinzipien der Atomförderung betrifft. Doch alle waren sich einig: Am Atomkurs wird nicht gerüttelt! Vor allem an den Vertretern der Dritten Welt scheinen Harrisburg, Tschernobyl und die aufkommende Skepsis an dieser Grosstechnologie spurlos vorbeigegangen zu sein. Uneinigkeit zeigte sich aber da, wo es um die Weitergabe von «sensitiven» Technologien ging. «Sensitive Technologien» ist der schönfärberische Ausdruck für grundsätzlich nicht überwachbare Technologien. Während die Atommächte im Norden scharfe Transferrestriktionen forderten, um ihre atomaren Bastionen halten zu können, verlangten die atomar Unterentwickelten aus der Dritten Welt Exporterleichterungen und finanzielle Unterstützung für ihre prestigegeschwängerten Atomprojekte. Denn mit dem Atomsperrvertrag sind zumindest etliche unter ihnen einem zweischneidigen Tauschgeschäft erlegen: während die atomaren Potentaten aus der industrialisierten Welt gelobten, die Weitergabe von Know-how zum Bombenbau zu unterbinden, wurde den atomaren Habenichtsen zugesichert, ihnen die «friedliche» Anwendung